№ 1701. Freitag, den 30. Januar. (Morgen-Ausgabe.) 1863.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 6 Uhr Abends.

Berlin, 29. Januar. Sitzung des Abgeordnetenhauses; Adreßdebatte. Nach den Reden Reichenspergers (Geldern) und v. Sybels, welcher schließlich äußerte, es sei jetzt der ungeeignetste Moment, wegen der Militärfrage das Vaterland zu zerreißen und zwischen dem rechtschaffensten Könige und dem loyalsten Volke Berge aufzuthürmen; — protestirte der Minister des Innern, Graf Eulenburg, gegen die Beschuldigung eines Verfassungsbruches. Se. Majestät habe ihm bei der Annahme des Portefeuilles befohlen, Er (der König) wolle die Durchführung der Armeereform mit allen gesetzlichen Mitteln; der König sei in vollster Uebereinstimmung mit dem Ministerium, daß die Disciplin der Beamten nothwendig sei, heute Beamter, morgen Abgeordneter, das gehe nicht. Müsse die Regierung sich Beamter entledigen, so sei dies nicht die Schuld der Regierung.

Der Ministerpräsident v. Bismarck fragt, ob die Majorität des Hauses ein neues Ministerium bilden könne und wolle? Auch das vorige Ministerium habe mit einer Majorität begonnen und mit einer Minorität geendet.

Graf Schwerin replicirt lebhaft.

Gneist constatirt, daß die Anfrage des Ministerpräsidenten die Unwahrheit der Beschuldigung des Gelüstens nach einer Parlamentsregierung beweise. Das Ministerium habe das Unterscheidungsvermögen zwischen Recht und Unrecht verloren; es sei der schlimmste Dienst dem Könige damit erwiesen, daß in Preußen darüber abgestimmt werde, ob das Volk für, ob es wider den König sei. Die vorgestrige Erklärung des Ministerpräsidenten sei eine Verschärfung des Conflicts, ein Manifest des Absolutismus.

Der Ministerpräsident erklärte sich gegen die Politik auswärtiger Verwickelungen zur Erledigung innerer Streitigkeiten.

Schließlich wurde die Adresse (Virchowscher Entwurf) mit 255 gegen 68 Stimmen angenommen. Die Minorität besteht aus den Feudalen, der Vincke'schen Fraction und fast allen Katholiken.

Angekommen 29. Januar, Abends 9 Uhr.

Berlin, 29. Januar. Wie die „Rheinische Zeitung" meldet, soll in der Untersuchungssache wider den Major a. D. Dr. Beitzke wegen Betheiligung an dem Nationalfonds demselben das Tragen der Armeeuniform aberkannt worden sein.

Die „Kreuzzeitung" dementirt das Gerücht, daß mit Heyden-Cartlow wegen Uebernahme des Handels-Ministeriums unterhandelt worden sei.

Mieroslawski befindet sich nicht in Polen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 28. Januar. Die „Generalcorrespondenz für Oesterreich" drückt gegenüber dem gestrigen „Staatsanzeiger" die Verwunderung aus, daß Herr von Bismarck anstatt amtlich von tendenziösen lügenhaften Entstellungen reden zu lassen, nicht endlich klar, bestimmt erklären läßt, auf welchem Wege ihm die Aufforderung zu der Unterredung mit dem Grafen Rechberg zugekommen. Sollte dies etwa durch den Grafen Thun geschehen sein, so lag doch nichts näher, als bei dem Diplomaten, der nicht in Berlin accreditirt ist, sich nach seiner Bevollmächtigung zu solcher Eröffnung zu erkundigen.

Frankfurt a. M., 28. Januar. Eine Turiner Correspondenz der „Europe" enthält Details fortgesetzter Unterhandlungen, welche in Athen durch den italienischen Gesandten Mamiani, in Turin durch den griechischen Geschäftsträger Roque über eine eventuelle Candidatur des Herzogs von Aosta für den griechischen Thron geführt würden. Pasolini habe die positive Antwort gegeben, wenn die Schutzmächte die Wahl genehmigten, so werde Victor Emanuel sich der Thronbesteigung des Herzogs nicht widersetzen und Sir James Hudson habe der Turiner Regierung erklärt, die Candidatur des Herzogs werde die Unterstützung Englands erhalten, aber nur wenn gewisse andere Candidaturen deutscher Prinzen gescheitert seien.

Itzehoe, 28. Januar. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung stellte Baron Blome den Antrag, eine Adresse an den König zu richten, in welcher die verhängnißvolle Lage des Landes geschildert und der Wunsch ausgesprochen werden soll, die Regierung möge Mittel finden, eine friedliche Lösung herbeizuführen.

Landtags-Verhandlungen.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 28. Januar.

[Adreßdebatte.] (Schluß)

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich habe kein Bedürfniß auf eine Widerlegung des Herrn Abg. Virchow einzugehen, ich glaube mich gestern deutlich genug ausgesprochen zu haben. (Ruf: ja wohl.) Ebenso bemerke ich, daß auf Aeußerungen, die nur den Zweck haben, mich persönlich zu beleidigen — der Vorredner hat sich erlaubt, über mein Verständniß abzusprechen —, daß auf solche Tonart einzugehen, mir meine Stellung, die ich einnehme, sowie meine gesellschaftliche Gewohnheit nicht erlaubt. Der Vorredner hat aber auf die Loyalitäts-Deputationen hingewiesen. Das Einzige, was in seiner Rede richtig ist, sind die Worte, welche ich an die Deputation aus Grüneberg gerichtet habe. Diese Worte sind richtig wiedergegeben und ich halte sie aufrecht. Man hat einen großen Eifer gegen die Loyalitäts-Deputationen geäußert. Wollen Sie denn den freien Unterthanen Sr. Majestät des Königs das Recht bestreiten, ihre Meinung auszusprechen? Hat Se. Majestät nicht das Recht diese Unterthanen zu empfangen? Haben Sie ein Recht dies zu verhindern? Können Sie nicht ebenso gut Deputationen an Se. Majestät den König senden? Sie sagen, daß Sie durch diese Adressen beleidigt sind; ich habe viele von den Adressen gelesen, habe aber keine Beleidigung darin gefunden, wenn sie auch eine scharfe Kritik enthielten. Aber das muß ich Ihnen sagen, ich bin überrascht von der Empfindlichkeit des Hauses, sobald es selbst Object der Kritik wird, während Sie selbst Ihre Angriffe gegen uns richten, denn die so eben gehörte Rede läßt in dieser Beziehung nichts zu wünschen übrig. Das Einzige, was mir aufgefallen ist, ist in der Adresse des pommerschen Provinziallandtages enthalten, welche das Verhalten des Hauses als ein unpreußisches characterisirt. Ich eigne mir deses Urtheil nicht an, aber es hat eine Berechtigung nach dem, was uns entgegen gehalten worden ist. Wenn das Wort „Preußen" gewissermaßen als ein halbes Schimpfwort mir entgegengehalten wird, wenn gesagt wird, ich verstände die preußische Sprache nicht, — (Widerspruch! oh! oh!). Ich bin stolz darauf eine preußische Sprache mit Ihnen zu reden und Sie werden Sie noch oft hören.

Kriegsminister v. Roon: Ich würde das Wort nicht ergriffen haben, wenn nicht der Vorredner mich genannt und zu einer Berichtigung veranlaßt hätte. Wenn die andern von ihm behaupteteten Thatsachen nicht correcter sind, als die eine mich betreffende, so bedaure ich, daß sie nicht sehr glaubwürdig erscheinen. Ich hoffe, daß ich glaubwürdig über die Worte Zeugniß ablegen kann, die ich selbst gesprochen, wenn ich auch sonst bei Ihnen auf Glaubwürdigkeit nicht zählen darf. (Oho!) M. H. Ich habe Proben. Das Parteiwesen ist eine neue Erfindung in Preußen, seit 1848, die, glaube ich, nicht zum Heile des Landes gereicht. Es giebt aber noch sehr viele achtbare Personen, die noch nicht Partei ergriffen haben. Es ist das, wenn man sie bezeichnen soll, die Partei der Ordnung, die die Ruhe liebt und ihren Geschäften ordnungsmäßig nachgehen möchte. Dieser Theil des Volkes ist immer geneigt der Regierung die Leitung zu überlassen. Dieser Theil des Volkes besitzt allerdings nicht die achtungswerthe Rührigkeit der Parteien, die sich bei den letzten Wahlen betheiligten. Dies glaube ich, ist die Majorität des Volkes. Wenn die sich lebhafter betheiligten an den Kämpfen der Gegenwart, wozu sie anzuspornen eine Pflicht der Regierung ist, würde das Resultat der Wahlen ein anderes sein. Es existirt ein Wahlrecht, aber keine Wahlpflicht. Wenn Sie sich auf die Majorität berufen, die Sie gewählt, so kann ich sagen, daß 27 pCt. der berechtigten Wähler keine Majorität sind. Sie sind gesetzlich gewählt und sind für den Augenblick allerdings die gesetzlichen Vertreter des Landes. Ich habe der conservativen Partei nicht den Vorwurf gemacht, daß sie faul und feige sei. Derjenige Theil derselben, welcher sich bis jetzt organisirt hat, ist Gott sei Dank nicht faul und feige.

Justizminister Graf zur Lippe: Man hat vermißt, daß ich nicht das Wort genommen; es scheint, als ob das gleichbedeutend sei mit der Frage, ob eine Solidarität des Ministeriums existire? Ich schließe mich den von dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister dargelegten Rechtsanschauungen an; ich erkläre, daß ich mich mit jenen in vollständiger Solidarität befinde und glaube nicht, daß ich noch nöthig habe, besondere Deductionen zu geben. Ich bin aber vom Vorredner (Virchow) noch persönlich angegriffen worden. Er hat behauptet, daß ich die der Adresse zur Grundlage dienenden Thatsachen, welche eine Verfassungsverletzung constatiren sollen, nicht widerlegt habe. Nun ist es aber in der Jurisprudenz ein unbestrittener Grundsatz, daß nicht die Negative zu beweisen sei, sondern positive Behauptungen. Es ist also nicht meine Sache, einen Beweis zu führen. Der Beweis des Positiven ist freilich gegen mich versucht worden. Der Vorredner hat von Maßregelung der Presse gesprochen, ohne genau zu sagen, was er darunter versteht. Ich glaube, er meinte die Verfügung wegen der Zuwendung der Inserate an die amtlichen Blätter. Damit sollte aber nichts anderes bezweckt werden, als die Beseitigung eines alten Streites (Heiterkeit) und eine Maßregel von practischer Bedeutung, durch welche die Inserate concentrirt werden; letzteres ist schon durch das neue Handelsgesetzbuch geboten. Sollte der Vorredner die Verfolgung der Presse durch die Staatsanwaltschaften nach bestimmten Anweisungen im Auge gehabt haben, so ist zwar eine Menge von gerichtlichen Verfolgungen nothwendig gewesen, die ich tief beklage als Beweis dafür, daß das Gefühl für die Innehaltung einer bestimmten Grenze nicht lebendig genug sein; aber ich bitte zu beachten, daß es nicht blos einen Art. 27 der Verfassung giebt, sondern auch einen Art. 28. Wenn dem Gesetze Geltung verschafft wird, und ich meinen Theil daran habe, so kann mir das nicht zum Vorwurf dienen; ich habe meine Pflicht gethan und werde sie, so lange ich im Amte bin, auch ferner thun.

Abg. Frhr. v. Vincke: Im vorigen Jahre sagte der Abgeordnete für Berlin, wir befänden uns in einem Zustande der allerungewöhnlichsten Art. Heute ist der Zustand noch viel ungewöhnlicher. Wir befinden uns heute in einem Conflict über die Fundamentalbestimmungen unserer Verfassung. Ich kann die Solidarität des Ministeriums nicht für vollständig und absolut halten. Selbst der Ministerpräsident hat in der Commission anerkannt, daß der Zustand nicht verfassungsmäßig sei. Seine gestrige Rede steht damit im Widerspruch. Seine Theorie ist durch die Rede des Abgeordneten für Geldern aufs Glänzendste widerlegt. Ich unterschreibe diese Rede fast Wort für Wort und wiederhole aus der Rechtsdeduction nur den entscheidenden Satz, daß das Etatsgesetz sich dadurch von allen anderen Gesetzen unterscheidet, daß es eben nur auf ein Jahr angenommen wird. Es kann nicht davon die Rede sein, daß das Haus einseitig das Budget feststellen will. Wenn aber ein Factor fehlt, ist das Gesetz nicht zu Stande gekommen. Wenn der Ministerpräsident fragt, wer nachgeben soll, so ist einfach zu sagen: derjenige, der mehr fordert. Der Ministerpräsident hat sich auf das Herrenhaus berufen, Die Verwerfung des Etats durch das Herrenhaus ist durch die Worte des ergrauten Staatsmannes, welche der Abgeordnete für Berlin erwähnt hat, genügend charakterisirt. Solchen Schritten mußte die Regierung entgegentreten (hört!). Die Regierung hat jenen Beschluß nicht nur veranlaßt, 2 Mitglieder der Regierung haben für die Verwerfung gestimmt (hört!). Kein Collegium der Welt kann sich auf einen Beschluß berufen, an dem es betheiligt ist. Außerdem war ja der Etat um Mitte October verworfen. Das Haus hätte geschlossen und nach 14 Tagen wieder berufen werden müssen. Wenn der Abgeordnete v. Bethusy also für das Ministerium nur Feigheit oder Thorheit als Auskunftsmittel erblickte, so zeige ich ihm hiermit einen dritten Weg.

Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, die Minister handeln auf Befehl des Königs. Ich will hier nichts weiter über die Ministerverantwortlichkeit vorbringen, ich berufe mich auch nicht auf die darmstädtische Gesetzgebung; ich berufe mich nur auf den Art. 44 unserer Verfassung. Für Jeden, der lesen kann, ist damit der Standpunkt bezeichnet. (Hört! Hört!) Die richtige Bezeichnung dessen, was der Ministerpräsident gesagt hat, hat der Abg. für Anklam, Graf Schwerin, gegeben. Die Folgen hat der Abgeordnete für Berlin, Schulze, richtig bezeichnet: Mit der Fortsetzung solchen Verfahrens muß die Achtung aller Bewohner vor der Regierung schwinden. (Bravo!) Auf den Standpunkt des Abgeordneten für Berlin, welcher ausführte, jeder Niederlage folge die Erhebung, kann ich mich nicht stellen. Nun ein Punkt, bei dem es zweifelhaft erscheint, ob er zur innern oder zur auswärtigen Politik gehört. Nach der Verfassung bedarf die Regierung zu Anleihen der Genehmigung dieses und des andern Hauses. Wenn die Regierung fort und fort sich zu verfassungswidrigen Theorien bekennt, wie soll es da mit einer Anleihe werden? — Jetzt aber lassen Sie mich die Kehrseite der Sache in's Auge fassen. Der Abg. Reichensperger hat darauf hingewiesen, daß das Characteristische der Repräsentativverfassung Compromisse sind. Auch ich betrachte mich als Mandatar der Rechte des Landes. Wir handeln in dem Bewußtsein, daß es sich hier nicht um Personen, sondern um Recht und Wohl des Landes handelt. Wir leben in einem monarchischen Staat. Wir müssen uns vor allem Antimonarchischen hüten, wir besonders sind durch unsere Könige groß geworden. Wir sind ferner noch ein sehr junger Verfassungsstaat, unser constitutionelles Leben ist noch neu. Die Theorie von der Stellung der Krone über den Parteien ist bei uns noch nicht so in die Praxis übergegangen, als auch ich es wünschte, ist noch nicht so weit wirkliche Thatsache, als z. B. in England. Es gehört bei uns zu den historischen staatspractischen Traditionen, daß die Könige persönlich eingreifen in die Verwaltung. Eine Adresse müßte aber doch nicht auf eine noch nicht practisch gewordene Theorie sich stützen, sondern sie muß die realen Verhältnisse berücksichtigen. Es scheint mir nun in Besonderheit die Ehrfurcht gegen Se. Majestät zu verletzen, sich in Conversationen zu mischen, welche zwischen Allerhöchstihnen und gewissen Bewohnern des Landes stattgefunden haben. Die Beachtung dieser Ehrfurcht ist freilich eine Gefühlssache und nicht mit Beweisen darzuthun. Ich habe aber in dieser Hinsicht zwei Bemerkungen zu machen gegen die conservative Partei und gegen das Ministerium. Wie kann eine Partei auf den Namen der conservativen Anspruch machen, welche nur conservirt ihre eigenen Privatinteressen, ihre verfassungswidrigen Privilegien, und wenn sie nicht das öffentliche Recht des Landes vor Allem conservirt? Wie kann sie sich Aristokratie nennen wollen, wenn sie — abgesehen von der Maxime: noblesse oblige — nicht in erster Reihe der Kämpfer für die Verfassung steht? (Beifall.) Sie sollte die Verfassung bewahren wie ein unveräußerliches Fideicommiß, gleich dem Grund und Boden, worauf sie wohnt. Das Ministerium aber hätte die Krone schützen sollen vor den Belästigungen der Loyalitäts-Deputationen, zumal zu ihm ein früherer Staatsanwalt gehörte, der am besten vorbereitet sein mußte, die Thatsachen zu

constatiren, welche den Paragraphen des Strafgesetzbuches Hohn sprechen. (Bravo, Heiterkeit.) Im Uebrigen stimme ich dem Abg. Schulze bei, daß es unter der Würde des Hauses wäre, eine Verfolgung deshalb eintreten zu lassen; aber aus demselben Grunde durfte man ihrer in der Adresse auch nicht erwähnen. Auch hätte es vermieden werden müssen, durch die Form Se. Majestät möglicher Weise zu verletzen. Je sicherer man sich in seiner Rechtsposition fühlt, desto milder und mäßiger kann man sich ausdrücken. Der Referent verlangt Nachweis der Stellen, welche in dieser Hinsicht zu tadeln wären. Dazu gehört der Ausdruck: „Das Land sah mit Schrecken den ganzen Gewinn unserer bisherigen staatlichen Entwickelung in Frage gestellt.“ Dann scheint mir ungehörig: die enge Verbindung des Namens Sr. Majestät mit der Minderheit der Nation. Am meisten aber ist anstößig: „Die Verfassung ist durch die Minister schon jetzt verletzt“, noch dazu gesperrt gedruckt, wenn Sie sich das vergegenwärtigen, was ich vorhin über die nicht wegzuleugnenden Traditionen des preußischen Königthums bemerkt habe. — Der Redner stellt nunmehr speciell die Adresse der Commission seiner eigenen gegenüber. Die Majorität begeht den Fehler, daß sie anklagt, ohne, wie es politischen Männern ziemt, zu zeigen, wie aus dem Conflict herauszukommen sei. Nach einigen weiteren Ausführungen kömmt Redner auf Punct 6 des Adreßentwurfs, die Maßregelung der Beamten. Man habe Seitens der Gegner auf die Praxis des letzten liberalen Ministeriums hingewiesen, sich dabei aber eine arge Verwechselung zu Schulden kommen lassen. Wir haben unter dem Ministerium Manteuffel stets gegen die Anomalie gestritten, daß man Beamte wegen ihrer Thätigkeit als Abgeordnete maßregele. Auf der andern Seite hat das Ministerium, das aus unsern Reihen entnommen war, den Grundsatz festgehalten, höhere Verwaltungsbeamten, die als Beamte, nicht als Abgeordnete der Regierung feindlich gegenüberstanden, zur Disposition zu stellen, und ich mache es der jetzigen Regierung nicht zum Vorwurf, wenn sie einen Oberpräsidenten, weil er ihr zu liberal ist und einen gefährlichen Posten an der Spitze einer wichtigen Provinz inne hat, entfernt. Wohl aber mache ich ihr daraus einen Vorwurf, daß sie einen Beamten, wie den Abg. v. Bockum-Dolffs, zu ärgern sucht und nur das Gegentheil erreicht, daß sie ihm eine Bürgerkrone aufsetzt, die, wie jener selbst zugeben werde, weit über sein parlamentarisches Verdienst hinausgeht, daß sie ihn an einen Ort versetzt, wie er sich ihn kaum hätte besser aussuchen, nach Gumbinnen, in die Hauptstadt von Jung-Littauen. (Schallendes Gelächter.) Man habe ferner gestern den Erlaß des Justizministers an die Präsidenten herangezogen, aber des weit anstößigeren nicht gedacht, des an die Ober-Staatsanwälte gerichteten (Hört! Hört!), welcher diese Beamten, also die öffentlichen Verfolger, zu Aufsehern der richterlichen Beamten einsetzt. Durch die Rede des Ministerpräsidenten, sowohl den Ton als den Inhalt, bin ich in nicht angenehmer Weise überrascht worden; ich glaube, er hat dadurch nichts Gutes geschafft, weder im Hause noch im Lande. Ich hatte gehofft, daß der Herr Ministerpräsident im Laufe seines vielbewegten Lebens Manches gelernt und Manches vergessen habe, vergessen seine früheren Theorien. Ich habe mich darin getäuscht, gebe aber die Hoffnung noch nicht auf. — Mit der Ansicht meines Freundes, des Abgeordneten für Anklam, gar keine Adresse zu erlassen, kann ich mich nicht einverstanden erklären; der Adresse der Majorität mich nicht anschließen. Wenn sie Einigkeit der Parteien wolle, so stimme sie für unseren Entwurf, der in nicht verletzender Form den Hauptpunkt enthält, auf den es ankommt, und die Sie, ohne sich etwas zu vergeben, unterschreiben können. Wir können Ihrem Entwurf nicht beitreten, der Stellen enthält, die wir für verletzend halten und die Se. Majestät vielleicht auch für verletzend halten könnte. — Einen Erfolg aber werden Sie mit Ihrer Adresse sicherlich nicht erreichen. Der nächste Erfolg wird grade die Conservirung dieses Ministeriums sein. Wir haben wenigstens das Bewußtsein, unsere Pflicht mit Mäßigung erfüllt zu haben. Noch im letzten Augenblick fordere ich Sie auf: Stimmen Sie mit uns, aber wie Sie auch stimmen mögen, vergessen Sie nicht, daß wir als Preußen mit dem Könige reden! (Beifall von der Fraction Vincke).

Handelsminister Graf Itzenplitz: Ich erlaube mir noch einige Worte und zwar in altpreußischer Sprache, wie ich sie gewöhnt bin zu sprechen. Einer der Vorredner hat gesagt, es sei allein die Schuld der Regierung, daß dieser Conflict eingetreten sei. Dem muß ich entschieden widersprechen. Wir sind in den Conflict hineingerathen, weil Sie mit der Streichung von beinahe 6 Millionen einen unmöglichen Beschluß gefaßt haben. Diesen Beschluß haben Sie gefaßt und das Budget an das Herrenhaus gesendet. Was sollte das Herrenhaus thun? — Es hätte auch den unmöglichen Beschluß fassen oder das Budget verwerfen müssen. Nun habe ich gelernt, daß man nach seiner Ueberzeugung sprechen und stimmen müsse. Der Beschluß des Herrenhauses war die natürliche Abwehr und wenn ich diese Ueberzeugung hatte, so mußte ich auch danach stimmen. Ich begreife nicht, wie mir daraus ein Vorwurf gemacht werden konnte. Ich glaube also nur mein Recht und meine Pflicht gethan zu haben und werde es in jedem andern Falle auch so machen.

Nächste Sitzung: morgen.

Deutschland.

♂ Berlin, 28. Januar. Nach längeren Debatten ist gestern in der Commission des hiesigen Magistrats, welche über eine würdige Feier des fünfzigjährigen Jubelfestes zu berathen hatte, die Art und Weise festgestellt, auf welche die Stadt den 3. Februar begehen soll. Abgesehen von einer öffentlichen feierlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung macht die Commission folgende Vorschläge: Um in der Jugend die Erinnerung an die glorreichen Thaten des preußischen Volkes recht fest einzuprägen, soll im Laufe eines ganzen Jahres jeden Sonnabend in allen städtischen Schulen ein Vortrag über die Befreiungskriege gehalten werden, und sollen, um die Lehrer mit den zu einem so regelmäßig wiederkehrenden Vortrag nöthigen Materialen zu versehen, für die Bibliotheken der Schulen 150 Exemplare von Beitzke's Geschichte der Freiheitskriege und eben so viel von Häußers deutscher Geschichte angeschafft werden. Außerdem aber will die Stadt jedem Schüler als dauernde Erinnerung eine Geschichte jener glorreichen Jahre geben, zu welchem Zweck für das beste populäre Werk über die Jahre 1806—15 ein Preis von 60 Friedrichsd'or ausgesetzt werden soll. Man hat gemeint, nicht nur die Geschichte der Freiheitskriege zur Aufgabe zu stellen, sondern gerade auf die Geschichte der Jahre 1806—1812 ein besonderes Gewicht zu legen, weil in dieser Zeit die wichtigsten Maßnahmen für die spätere Entwickelung unseres Landes, die Schöpfungen Steins in Bezug auf unsere bürgerliche Freiheit, und die Schöpfungen Scharnhorsts zum Zweck der 1813—15 so glänzend bewährten Wehrhaftigkeit des preußischen Volkes fallen, und es dringend geboten scheint, diese Thatsachen unter den jetzigen Verhältnissen recht eindringlich dem Volke ins Gedächtniß einzuprägen.

— Der „Schles. Ztg.“ wird von hier geschrieben: An maßgebendem Orte herrscht eine ungewöhnliche Bewegung, welche man den Vorgängen in Polen zuschreiben will. Unsere Informationen gehen darauf hinaus, daß eine einflußreiche Partei die Veranlassung gegeben sieht, die Ruhe und Sicherheit des Vaterlandes bedroht zu sehen und unter dieser Firma zur Auflösung des Landtages und zu den beliebten Octroyirungen räth. Es wird uns jedoch versichert, daß Herr von Bismarck diesen Rathschlägen ferne steht und daß er sich überhaupt von den „reinen Kreuzrittern“ getrennt wissen will. „Ich wünsche den Conflict nur ein Jahr offen gelassen,“ sagte er, „dann wird sich eine Lösung von selbst finden.“ Ich bin in der Lage, diese wörtlichen Aeußerungen des Ministerpräsidenten verbürgen zu können.

— (B. B.-Z.) Wir erhalten, wenn auch in Einzelnheiten auseinander gehende, so doch im Wesentlichen übereinstimmende Mittheilungen aus Karlsruhe und aus Frankfurt, nach welchen eine Annäherung zwischen der großherzoglich badischen Regierung und Oesterreich sich vorbereiten und wahrscheinlich schon demnächst auch einen äußeren Ausdruck erhalten würde. Ohne Zweifel würde wenigstens die moralische Bedeutung eines solchen Ereignisses nicht zu unterschätzen sein.

— Die „Pos. Ztg.“ meldet: Am 17. d. wurde der frühere Redacteur des „Nadwislanin“, Dyament, auf Requisition der Staatsanwaltschaft verhaftet. Die Veranlassung hierzu soll ein früherer Artikel im „Nadwislanin“ sein, worin man Hochverrath findet.

— [Sobbe und Putzki.] Von einem kürzlich aus Philadelphia zurückgekehrten Kaufmann erfährt die „Br. Ztg.“, daß er die beiden bekannten Lieutenants Sobbe und Putzki, den ersteren als Hafenarbeiter, letzteren als Bote beim Colonial-Parlament dienend, angetroffen habe.

Stettin, 28. Januar. Wie die N. St. Z. erfährt, sind der Kreisrichter Hildebrandt in Belgard und der Rechts-Anwalt Beitzke in Bublitz von dem Kreisgericht in Neustettin durch die Criminaldeputation desselben, bestehend aus den Herren Runde, Burow und Schilling wegen Verbreitung der Flugschrift „Schafft Euch eine bessere Kreisordnung“ zu 50 Thlr. Geldstrafe oder 6 Monaten(?) Gefängniß verurtheilt worden. Der Criminalsenat des Cösliner Appellationsgerichts wird in zweiter Instanz über die Sache aburtheilen.

Würzburg, 26. Januar. In der Nacht vom 20. auf den 21. verletzte ein hiesiger Student in einem Wirthshaus fünf Personen durch Messerstiche. Die Verletzungen sind zum Theil gefährlich. Der Thäter wurde verhaftet. Vorgestern Nachts wurde hier mitten in der Stadt ein Rechtspracticant räuberisch überfallen. Die Räuber wurden jedoch durch herbeikommende Personen verscheucht. Die Unsicherheit in unserer Stadt wird immer bedenklicher.

München, 26. Januar. Dieser Tage sind in der königlichen Residenz wiederholt Besprechungen über die Wahl des künftigen Aufenthaltsortes der griechischen Majestäten gepflogen worden, und es hat dabei der Vorschlag, das königliche Schloß in Landshut zu beziehen, großen Anklang gefunden. Zur definitiven Entscheidung ist es indeß nicht gekommen. König Otto von Griechenland hat sich für Annahme der ihm als Entschädigung für die aus dem Marstalle geraubten Pferde angebotenen 50,000 Drachmen entschieden. Die 80 Pferde hatten wenigstens den doppelten Werth. Ueber das bei der griechischen Nationalbank angelegte Privatvermögen der Königin Amalie ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

England.

London, 26. Januar. In den englischen Blättern herrscht über den „Adreßentwurf des preußischen Abgeordnetenhauses“ die größte Uebereinstimmung. Der conservative „Herald“ steht eben so entschieden wie „Daily News“ oder „Advertiser“ auf Seiten der liberalen Parteiführer. Die „Times“ rathen der Krone zur Nachgiebigkeit. — „Daily News“ preisen die Adresse als „fest und würdevoll“ und gelangen zu dem Schlusse: „Es bleibt keine Lösung übrig, als daß der König nachgiebt oder die Verfassung aufhebt. Wäre es möglich gewesen, daß die Kammer eines ihrer Rechte in diesem lebenswichtigen Punkte, die Bewilligung der Steuern und die Ueberwachung der Ausgaben nämlich, geopfert hätte, so wäre die Verfassung thatsächlich abgeschafft und König Wilhelm unter dem Scheine repräsentativer Institutionen ein in der That unumschränkter Monarch gewesen. — Die „Post“ findet die Worte der Preußischen Abgeordneten voll Festigkeit und Entschlossenheit, während sie doch auch noch die loyalsten und verfassungsmäßigsten Gesinnungen ausdrücken. — Auch der conservative „Herald“ hebt den „sehr achtungsvollen Ton“ der Adresse hervor, findet die von der Krone eingeschlagene Richtung sehr beklagenswerth und fürchtet, daß die Folgen für den Thron nachtheilig sein werden.

Danzig, den 30. Januar.

* Am 16. Februar c. beginnt die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode unter dem Vorsitz des Hrn. Appellations-Gerichts-Raths Roloff.

§§ Eydtkuhnen, 29. Januar. Gestern fanden in Polen zwei Meilen von der Grenze auf den Gütern deutscher Besitzer Zusammenrottungen polnischer Arbeiter statt, welche durch von Kowno per Eisenbahn angekommenes Militär zerstreut und die Anführer verhaftet wurden. Der Telegraph zwischen hier und Kowno ist unterbrochen. — In Wirballen trifft heute ein Bataillon russisches Militär ein. — Unsere preußische Grenzstadt Stallupoenen soll ebenfalls heute eine Compagnie Besatzung erhalten. Die Eisenbahn von Wilna nach Warschau ist noch unterbrochen. Die Reisenden nach letzterer Stadt gehen jetzt hier durch. — Vor einigen Tagen fuhr hier eine persische Gesandtschaft durch, welche bei den europäischen Höfen ihre Aufwartung machen will.

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.